

Plötzlich und unerwartet verstorben: Das Bundesinstitut, das seine eigenen Daten nicht kennen will

17 Juni 2023 20:31 Uhr

Mindestens zwölf Minderjährige starben kurz nach einer Corona-Spritze. Hunderte Geimpfte fielen binnen weniger Tage danach unerwartet tot um. Das offenbart eine unbeachtete Regierungsantwort. Die Daten stammen vom Paul-Ehrlich-Institut, doch das mauert weiter und die Leitmedien schweigen.



Quelle: AFP © Tobias SCHWARZ / POOL / AFP

Namensschild von Prof. Dr. Klaus Cichutek, dem Präsidenten des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), in der Bundespressekonferenz zu Zeiten der Corona-Maßnahmen, Berlin, 23. April 2021 (Symbolbild)

Von Susan Bonath

Welche Schäden haben die massenhaften Coronaimpfungen wirklich verursacht? Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) sollte das erforschen. Doch es mauert und hält brisante Daten vor der Öffentlichkeit und der Presse geheim, zum Beispiel die Anzahl der gemeldeten tödlichen Verdachtsfälle, insbesondere bei Kindern. Monatelang redete es sich gegenüber der Autorin heraus: Es habe diese Daten gar nicht ausgewertet. Das wäre ein schwerer Rechtsbruch. Doch eine erschreckende und von den Leitmedien ignorierte Antwort der Bundesregierung beweist: Das PEI lügt. Mindestens zwölf Kinder und Jugendliche starben demnach im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung plötzlich und unerwartet.

Tausendfach "plötzlich und unerwartet"

Ein [Dokument](#) auf dem Server des Bundestages von Ende März dieses Jahres hätte eigentlich das ganze Land in helle Aufregung versetzen müssen. Denn auf Seite 72 unter Punkt 100 findet sich eine brisante Auflistung: Die gemeldeten Todesfälle nach einer Coronaimpfung bis Ende 2022, sortiert nach grob unterteilten Altersgruppen und dem Abstand des Versterbens zur letzten Spritze bis maximal 42 Tage. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hatte die Daten auf Nachfrage des AfD-Politikers Thomas Dietz offenbar nach langem Zögern herausgegeben.

Die Zahlen verstören: Demnach wurden dem PEI fast 2.100 Fälle von Menschen gemeldet, die höchstens 42 Tage nach einer Corona-Spritze plötzlich verstorben waren. Bei allen Betroffenen hatten Ärzte oder Angehörige den dringenden Verdacht, dass nur die Impfung die Ursache gewesen sein könne. Unter diesen Verstorbenen befinden sich auch elf Kinder und Jugendliche sowie knapp 500 jüngere Erwachsene unter 60.

Betroffen waren damit Hunderte sehr junge und jüngere Menschen mit einer mehr oder weniger gen null tendierenden Wahrscheinlichkeit für einen unerwarteten Tod. Von einem unerwarteten Tod muss hier ausgegangen werden, denn wäre baldiges Versterben, etwa durch eine Krebserkrankung im Endstadium, absehbar gewesen, hätten die Betroffenen wahrscheinlich aus ethischen Gründen in ihren letzten Lebenswochen nicht mehr geimpft werden dürfen.

Mindestens zwölf geimpfte Kinder verstorben

Geht man ins Detail der BMG-Daten, wird es noch erschreckender: Bei drei der in diesem Zeitraum verstorbenen Minderjährigen trat der Tod demnach bereits am zweiten, bei vier weiteren am dritten Tag nach der Impfung ein. Bis Tag 28 nach einer Spritze zählte das BMG insgesamt elf plötzlich verstorbene Kinder und Jugendliche.

Dass dies nicht alle angezeigten Verdachtsfälle bei Minderjährigen gewesen sein können, zeigt [ein Sicherheitsbericht](#) des PEI mit Meldungen bis Ende des Jahres 2021. Dieser führt eine an Herzrhythmus-Störungen fünf Monate nach der Impfung verstorbene Jugendliche auf. Wegen des Todeszeitpunkts kann der Fall nicht in den Daten des BMG vorhanden sein. Ob es weitere solche Fälle gibt, ist unbekannt.

Auch die Daten zu den Erwachsenen sind brisant: Ärzte oder Angehörige meldeten 179 Todesfälle von unter 60-Jährigen und 616 von älteren Personen beim PEI, die ein bis drei Tage nach einer Coronainjektion eingetreten waren. Hunderte Menschen sind also zum Impfen gegangen und sehr kurz danach unerwartet verstorben. Bis [Juni 2022](#) hatte das PEI insgesamt 3.023 gemeldete Verdachtstodesfälle angegeben. Danach stellte es diese Berichterstattung ein.

Verdachtsfall-Melderate explodiert

Es ist die gesetzliche Aufgabe des PEI, die Sicherheit der im Eilverfahren auf den Markt gebrachten, neuartigen, auf Gentechnologie basierenden Impfstoffe kontinuierlich zu überwachen. Dessen Arbeit wiederum muss das BMG überprüfen, denn das PEI ist ihm direkt unterstellt. Das Bundesinstitut müsste demnach darauf bestehen, dass jeder einzelne Todesfall in einem derart engen, zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfstoffgabe sehr genau untersucht wird.

Genau das aber geschieht nicht. Auf mehrere Anfragen der Autorin verwies das PEI darauf, dass allein die Behörden vor Ort entschieden, ob und welche rechtsmedizinischen Schritte eingeleitet würden. Es

selbst würde die Daten rein statistisch interpretieren. Würden dem Institut also nicht mehr Fälle gemeldet, als die Statistiker in einer mit der Impfgruppe vergleichbaren Kohorte erwarteten, gebe es kein Risikosignal.

Doch offensichtlich ist die hohe Anzahl der gemeldeten Verdachtstodesfälle dem PEI selbst nicht geheuer. Im Vergleich zu allen anderen Impfstoffen in der Vergangenheit zusammengekommen war diese Melderate immerhin 28-mal höher. Das ergibt sich aus der Gegenüberstellung verabreichter Impfdosen mit den Todesfallmeldungen.

Datenbank für Vergleiche entfernt

So wurden von Anfang 2000 bis Ende 2020 laut Statistischem Bundesamt rund 780 Millionen Dosen aller möglichen Impfstoffe verabreicht. Das PEI erreichten in diesem Zusammenhang 456 Meldungen über Todesfälle. Damit kam ein Fall auf etwa 1,71 Millionen. Bezüglich der COVID-19-Vakzine gingen beim PEI bis Juni 2022 genau 3.023 Todesfallmeldungen ein. Bei rund 183 Millionen verimpften Dosen kam eine Meldung auf knapp 61.000 Vakziningaben.

Diesen Vergleich soll jedoch offenbar niemand mehr anstellen können. Denn das PEI entfernte die Datenbank für die Zeit ab der Jahrtausendwende im April 2022 von seiner Webseite. Seither heißt es [an dieser Stelle](#) nur, man arbeite an einer technischen Erneuerung.

PEI behauptete, dass es nichts ausgewertet habe

Presseanfragen der Autorin zu nicht oder nicht mehr veröffentlichten Daten, etwa zu gemeldeten tödlichen und schwerwiegenden Verdachtsfällen bei Minderjährigen, wimmelten die Behörden in den vergangenen Monaten regelmäßig ab. Das BMG verwies an die Zuständigkeit des PEI, und letzteres behauptete, dass es nicht verpflichtet sei, extra für die Presse neue Daten erstellen zu müssen. Ebenso reagierte es auf einen entsprechenden [Antrag der Autorin](#) nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), der sich derzeit im Widerspruchsverfahren befindet.

Wenn aber das PEI [wie geschehen](#) behauptet, es sei sowohl im Rahmen des Auskunftsrechts der Presse als auch des IFG nicht verpflichtet, "neue Daten zu erstellen", erklärt es damit, es habe die bei ihm eingegangenen Meldungen gar nicht ausgewertet. Oder anders ausgedrückt: Haben wir nicht, können wir nicht liefern. Das wäre natürlich ein eklatanter Rechtsbruch, denn zum Auswerten solcher Verdachtsfälle im Rahmen der Sicherheitsüberwachung ist das PEI da.

Nun aber steht fest: Das PEI hat sich offenbar mit einer Lüge herausgeredet, um die Daten, über die es verfügt, ebenso rechtswidrig vor der Presse und der Öffentlichkeit geheim zu halten. Das BMG kann die an die AfD herausgegebenen Daten nur von dem Institut erhalten haben. Man muss daraus schlussfolgern: Mindestens ein Teil der angefragten Daten ist definitiv vorhanden, aber das PEI will sie vor der Öffentlichkeit geheim halten. Dafür wird es wohl seinen Grund haben.

Versteckt oder falsch zugeordnet?

Allerdings weisen die Ende März vom BMG an die AfD übermittelten Daten noch einige Ungereimtheiten auf. Denn laut einer früheren Antwort des BMGs vom 22. August 2022 an die AfD-Abgeordnete Christina Baum, die der Autorin vorliegt, waren bereits bis März 2022 insgesamt 120 am Tag der Impfung verstorbene unter 60-Jährige gemeldet worden. In der späteren Antwort bis Ende des vergangenen

Jahres waren dies plötzlich "nur" noch 70 jüngere am ersten Tag Verstorbene. Eine ähnliche Diskrepanz ergibt sich bei den Älteren. Haben die Behörden tödliche Meldefälle nachträglich versteckt oder nur Dutzende Opfer falsch zugeordnet?

Die Autorin fragte am 12. Juni beim BMG nach, welcher Fehler dem zugrunde lag. Außerdem wollte sie wissen, welche Maßnahmen von Staats wegen ergriffen wurden, um die genauen Ursachen der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung zu klären. Immerhin beruhen alle Empfehlungen der Ständigen Impfkommision (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) seit Ende 2020 auf der Behauptung, dass die Präparate sicher seien. Die Vielzahl an Todesfällen und schweren Nebenwirkungen spricht jedoch eher dagegen.

Das Schweigen der Leitmedien

Geantwortet hat das BMG bis zum Mittag des 15. Juni allerdings nicht. Die gesetzte Frist ließ das zuständige Ministerium ohne weitere Nachricht verstreichen. Die unangenehmen Fragen bleiben vorläufig offen. Auch die großen deutschen Medien, die Druck auf die Politik im Sinne der Aufklärung ausüben könnten, schwiegen bisher zu dieser brisanten Auflistung des Gesundheitsministeriums. Es scheint, als wolle man in dieser Sache lieber nicht so genau Bescheid wissen.

Allerdings ist der Tod keine Lappalie. Wenn bereits in den ersten drei Tagen nach einer Coronaimpfung sieben Kinder und Jugendliche sowie fast 200 junge Erwachsene unter 60 Jahren vorzeitig versterben, gehört das zwingend aufgeklärt und nicht von staatlicher Seite vertuscht. Um das zu erreichen, wäre eine staats-, wirtschafts- und politikferne, freie Presse nötig, doch die ist in Deutschland augenscheinlich in der absoluten Minderheit.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.